



Volksinitiative Frische Luft für Berlin

Sprecher: Johannes Spatz, 017624419964

Wolfgang Behrens, 030-74680438

c/o Aktionszentrum Forum Rauchfrei

Mühlenhoffstraße 17, 10967 Berlin

Tel.: 030 / 74755922

www.frische-luft-fuer-berlin.de

volksinitiative@frische-luft-fuer-berlin.de

25. Mai 2011

Demonstration gegen Lobbyparty von Philip Morris

Das Bündnis Frische Luft für Berlin demonstriert gegen den „Treffpunkt Berlin“ von Philip Morris im China Club des Adlon. Das Bündnis protestiert gegen diese hochkarätige gesellschaftliche Lobbyparty, weil der Tabakkonzern damit Politik und Medien an sich bindet. In Deutschland oder in Bundesländern wie Berlin einen konsequenten Nichtraucherschutz einzuführen, scheidet in der Regel an den verfilzten Beziehungen zwischen Tabakindustrie und Politik. Mit Hilfe von „Treffpunkten“, „Dialogveranstaltungen“ (BAT), Parlamentarischen Abenden oder Preisvergaben (z.B. Reemtsma: „Liberty Award“) wird ein freundschaftlicher Kontakt aufrechterhalten.

Freundschaft und Image werden auch gefestigt durch Sponsoring. Von Philip Morris sind dem Bündnis alleine aus dem vergangenen Jahr folgende Spenden für Berliner Organisationen bekannt: 100.000 € für den Hamburger Bahnhof, 80.000 € für BIG Hotline (Hilfe bei häuslicher Gewalt), 35.000 € für AWO Berlin Kreisverband SO e.V., 22.000 € für Stalking Opferhilfe Berlin e.V.. Hinzu kommen beispielsweise 127.500 € Parteispenden von Philip Morris alleine im Jahre 2009.

Philip Morris produziert in Berlin jährlich 63 Milliarden Zigaretten in seiner Neuköllner Fabrik. Das Elend von Krankheit und Tod, das auf den Konsum von 63.000.000.000 Zigaretten zurückzuführen ist, ist in Worten kaum zu fassen. Mit dem Erlös aus diesen Zigaretten wird auch der „Treffpunkt Berlin“ finanziert. Das Bündnis Frische Luft für Berlin rät jedem Gast von Philip Morris, umzukehren. Nehmen Sie nicht auf Kosten von Krankheit und Tod an dieser Lobbyparty teil.

Fordern Sie zusammen mit dem Bündnis Frische Luft für Berlin konsequenten Nichtraucherschutz in der Gastronomie, Rauchverbot auf Kinderspielplätzen und eine Verbesserung des Nichtraucherschutzes in Krankenhäusern.